



Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung verwirklichen

Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung verwirklichen
Zur ersten Beratung des Antrags "Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung in Deutschland endlich verwirklichen" erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Ulla Schmidt und Oliver Kaczmarek: Deutschland ist bislang weit entfernt, das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen. Das Bildungssystem ist für die große Aufgabe der Inklusion nicht vorbereitet und hat großen Nachholbedarf bei der Qualifizierung des Lehrpersonals. Dieser Zustand offenbart das Ausmaß der Herausforderung, vor der Politik und Gesellschaft stehen. Ein Perspektivwechsel ist notwendig, da es ohne Chancengleichheit keine gleichberechtigte Teilhabe geben kann. Es ist wichtig, die Herausforderung Inklusion als Chance für die gesamte Gesellschaft zu begreifen. Die SPD-Bundestagsfraktion versteht Inklusion als eine Aufgabe für alle Etappen und Bereiche des Bildungswesens - von der frühkindlichen Bildung über Schule und Berufseinstieg bis hin zu Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Einstiege sind zu ermöglichen, Übergänge im Bildungswesen dürfen nicht weiter Selektionsstufen bleiben. Inklusion liegt damit auch in der Zuständigkeit aller staatlichen Ebenen, einschließlich der Kommunen. Sie sollen gemeinsam ihrer Verantwortung in einem Pakt für Inklusion gerecht werden. Aufgrund des Verbotes der Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist es dem Bund bisher nicht möglich, Länder und Kommunen bei der schwierigen und finanziell anspruchsvollen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu unterstützen. Die Bundesregierung ist dringend gefordert, das Kooperationsverbot aufzuheben und Kreise, Städte und Gemeinden dabei zu helfen, Netzwerke und Rahmenbedingungen für die Inklusive Bildung vor Ort zu stärken. Die Bundesregierung muss die Initiative ergreifen, gemeinsam mit den Ländern für eine inklusionsgerechte Bildungsinfrastruktur zu sorgen, die Qualifizierung von Profis für Inklusive Bildung zu unterstützen und die Inklusive Bildung zum grundlegenden Prinzip aller bildungspolitischen Anstrengungen zu machen. Zudem fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass faire Chancen für Menschen mit Behinderung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt geschaffen werden. Hier müssen im Besonderen die Übergänge in den Blick genommen werden. Der Weg darf für Menschen mit Behinderung nicht automatisch in die Werkstätten führen. Auch muss die Bundesregierung durch Forschung, Monitoring und Evaluation die Grundlagen für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusiven Bildung schaffen, um Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen. SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir in Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....